Aus Betrieben und Werken

1. Jahrgang — Sonnabend den 6. Juni 1925 — „Arbeiterstimme" Nr. 45

Wieviel Stunden wird in Deutschland gearbeitet?

Der DMV. hat eine ganze Anzahl von statistischen Zahlen über die deutsche Schwerindustrie ermittelt und gibt sie in einer Druckschrift bekannt. Interessant und wichtig sind u. a. die Feststellungen über die Arbeitszeit in den schwerindustriellen Betrieben. Die Arbeitszeit von 176 Betrieben mit etwa 272 500 Arbeitern betrug:

10 Stunden: in 73 Prozent der Betriebe.

12 Stunden: in 82 Prozent der Walzbetriebe.

8 Stunden: in 17 Betrieben, in einzelnen Abteilungen; in 9 Betrieben des Saargebietes; in 4 Betrieben in Deutschland (außer Saargebiet).

Es ist sehr fraglich, ob auch in dem größten Teil der „73 Prozent der Betriebe mit zehnstündiger Arbeitszeit" in Wirklichkeit nicht noch länger gearbeitet wird. Aber, auch wenn die Zusammenstellung richtig ist — ihr Ergebnis ist niederschmetternd. In ganz Deutschland gibt es nur in vier Metall-Betrieben den Achtstundentag! 1918 wurde der Achtstundentag eingeführt, um die Arbeiter mit diesem Brocken zu ködern und von der Machtergreifung und Sozialisierung abzuhalten. Schritt für Schritt haben dann das Kapital mit Hilfe der SPD. und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch den Brocken genommen.

Wie kann der Achtstundentag wiedererobert werden?

Indem die Arbeitermassen die Gewerkschaftseinheit und die einheitliche Kampffront in den Betrieben herstellen, indem sie entschlossen vorgehen und die Gewerkschaften zum Kampf für den Achtstundentag zwingen. Die KPD. hat in ihrem Offenen Brief die SPD. und die Gewerkschaften aufgefordert, für den Achtstundentag und die anderen einfachsten, republikanischen Forderungen mit ihr zusammen zu erkämpfen. Die SPD. und die ADGB.-Führer haben einen solchen proletarischen Vorschlag abgelehnt. Die Arbeiter aber werden ihn ohne Parteiunterschied aufnehmen.

Leutert & Schneidewind

Betriebsleiter als „Arbeiterfreund". — Betriebsrat Roch, ein Arbeitervertreter?

Seit längerer Zeit wurde für die Abteilung Druckerei kein Frühstück eingeholt. Einem Teil der Kollegen ist durch ihre Wohnverhältnisse usw. nicht möglich, sich am Abend für den nächsten Tag mit dem Nötigsten einzudecken; anderseits sind durch die warmen Tage die Speisen dem Verderben besonders ausgesetzt. Einige Kollegen halfen sich dadurch, kurz vor Frühstück in das im Vorderhause gelegene Geschäft zu gehen um ihren Bedarf zu decken. Die Geschäftsleitung merkte dies und drohte mit sofortiger Entlassung beim Wiederholungsfalle. Bei dieser Gelegenheit kam die Arbeiterfreundlichkeit des Betriebsleiters Rhode so recht zum Ausdruck, indem er einem alten Kollegen, der zur Fortsetzung seiner Kur (er kam unlängst aus einem Erholungsheim wieder) täglich frische Milch braucht, erklärte: „Ihre Gesundheit ist mir schnuppe." Vor einem Jahr klang es anders. Da beteuerte anläßlich einer Forderung der Kollegenschaft derselbe Herr, er sei ja auch nur ein Angestellter und den Arbeitern nächststehend, diese sollten nur Vertrauen ihm entgegen bringen in ihren Forderungen und Wünschen.

Eigenartig ist die Rolle des Betriebsrates (SPD.) in dieser Angelegenheit. Er erklärte dem alten Kollegen, er solle sich 10 Minuten abziehen lassen, um in dieser Zeit die Milch holen zu können. Nennt sich das Arbeitervertretung?

Uebrigens, würde Herr Rhode ebenso brutal vorgehen, wenn einer seiner alten „leistungsfähigen" Drucker in ähnliche Lage kommen würde? Er tut es, weil es ja nur ein alter verbrauchter Hilfsarbeiter ist, der sein Leben und Gesundheit für die Unternehmer opfern mußte.

Der Kollegenschaft von Leutert und Schneidewind wird es ein leichtes sein, ihre wirklichen Freunde und Vertreter zu erkennen. Abonniert die „Arbeiterstimme", sie gibt euren Wünschen und Forderungen als einzige Arbeiterzeitung Dresdens Ausdruck.

Schwindel und Feigheit

Unter dieser Spitzmarke antwortete der Freitaler Ableger der Dresdner Tante vom Wettiner Platz auf den in der „Arbeiterstimme" erschienenen Artikel: „Der sozialdemokratische Arbeiterratsvorsitzende Zeuschner vom Seck-Werk Schmiedeberg „ordnet" die 53stündige Arbeitswoche an."

Die von uns in diesem Artikel festgestellten Tatsachen sind diesen armseligen „Gernegroßen" in Schmiedeberg auf die Nerven gefallen. Sie waren zunächst eine ganze Zeit verdattert und fanden aber dann in diesem Pamphlet die Sprache wieder. Sie antworten, nachdem wahrscheinlich ihre Stilproben erst gründlich umgearbeitet werden mußten, in diesem mit der obengenannten Ueberschrift versehenen, giftgeschwollenen Artikel, der treffend diese Demagogen charakterisiert. Schon beim ersten Satz, in dem sie sich ob der langen Ueberlegungsfrist entschuldigen, geht der Schwindel los. Sie schreiben, daß sich die Herren von der KPD. nicht gestellt haben, unsere Genossen haben auf das sinnlose Geschwafel des SPD.-Mannes Kupke die richtige Antwort gegeben, und die Sache hatte sich für uns erledigt, nicht aber für die Herren der SPD. Sie haben sich die größte Mühe gegeben, die Kollegen zusammenzutrommeln, mit allem Möglichen wurde agitiert, wie, wir haben Kunert schriftlich geladen usw., doch es half nichts, von 700 Mitgliedern des DMV. waren 40 erschienen, und wer waren denn diese Leutchen? Arbeiterrat, die Verwaltung des DMV., die Verwaltung der SPD. und einige Vertrauensleute. Und Kunert, der Verhaßte, war nicht erschienen, und Kupke, der seine Rede auf die Person des Gen. Kunert aufgebaut hatte, konnte sie nicht vom Stapel lassen. Das wird ihm schwer gefallen sein, er hatte doch sicher wieder einige Denunziantenstückchen auswendig gelernt und konnte sie nun nicht anbringen. Diese Helden der Barmat-Partei sind bestimmt nicht auf ihre Kosten gekommen und deshalb dieser Schwindelartikel, mit dem sie sich selbst an den Pranger stellen. Am Schluß ihres Artikels drohen sie dem Gen. Kunert, sie werden eine Lebensbeschreibung von ihm bringen. Wir sind der Meinung, daß die Lebensbeschreibung eines Arbeiters, wie sie diese bürgerlich verseuchten Helden bringen werden, kaum jemanden interessieren würde, aber wir sind fest überzeugt, die Arbeiter würden es verstehen, wenn wir so eine kleine Chronik dieser langjährigen SPD.-Funktionäre herausgeben würden. Auf jeden Fall werden wir uns durch diese Drohung nicht abhalten lassen, die nächste Schandtat, die nicht allzu lange auf sich warten lassen wird, zu veröffentlichen.

Sachsenwerk Radeberg

Ein Glanzstück der Bureaukraten im Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Schon vor längerer Zeit kämpften die Holzarbeiter in den gemischten Betrieben um die Anerkennung eines Zulagevertrages zum Metallarbeitertarif. Als dieses Verlangen die Metallindustriellen einfach ablehnten, forderte der Holzarbeiterverband seine Mitglieder in den gemischten Betrieben auf, nach 8 Stunden die Arbeitsstelle zu verlassen, da im Metallarbeitertarif die 53-Stundenwoche festgelegt ist, die Holzarbeiter dieselbe aber nicht für sich bindend betrachteten. Dieser Aufforderung kam auch die Abteilung Modelltischlerei im Sachsenwerk nach, obwohl dieselbe von sich heraus schon einen wesentlich höheren Lohn (die Stunde 27 Pf. über den Metallarbeitertarif) herausgeholt hatte. Die Metallindustriellen beantworteten das Vorgehen der Holzarbeiter mit einem Anschlag am schwarzen Brett folgenden Inhalts: Wenn bis zu dem bestimmten Tage die Holzarbeiter ihre Kampfmaßnahmen nicht einstellen, würden sie die ganze Metallindustrie aussperren. Die Unternehmer hatten sich aber nicht umsonst 9 Tage Zeit gelassen, doch mit der Absicht, daß in dieser Zeit der Kuhhandel perfekt würde. In diesen Tagen kam der Kuhhandel auch zustande mit dem Ergebnis, daß die Bureaukraten nicht imstande waren, so viel herauszuholen, als wie die Holzarbeiter im Sachsenwerk schon selbst errungen hatten.

Als nun der Verbandsbonze Diebler von der Bezirksleitung Dresden von unseren Vertrauensleuten darauf aufmerksam gemacht wurde, erklärte dieser, daß selbstverständlich eine Verschlechterung der bestehenden Entlohnung ausgeschlossen sei, also daß wir ohne weiteres den bisher gezahlten Lohn weiter erhalten müßten. Anders dachte aber die Direktion vom Sachsenwerk, welche sich nun auf den Zulagevertrag stützte und uns anstatt der bisher gezahlten 97 Pf. — 92½ Pf. die Stunde bezahlte. Die Abteilung nahm sofort zu dieser Lage Stellung und beauftragte die Vertrauensleute, sich mit Diebler in Verbindung zu setzen. Dieser erklärte unsern Funktionären, daß wir selbstverständlich rechtlich unsern alten Lohn bekommen müßten, und wenn wir ihn beauftragten, würde er sofort die nötigen Schritte unternehmen. Aber es gebe auch einen zweiten Weg: man könnte über die Sache Gras wachsen lassen, um später im guten von selbst etwas mehr herauszuholen (doch eine gute Idee von einem Gewerkschaftsangehörigen). Dieses Gras-wachsen-lassen lehnte aber unsere Abteilung ab und beauftragte nun Diebler endgültig, uns den alten Lohn wieder zu verschaffen. Das hatte natürlich Diebler nicht vermutet, er erklärte unseren Vertrauensleuten, er könne nicht garantieren, ob wir unseren alten Lohn wieder erhalten würden. Der Vertrag sei nun einmal so abgeschlossen usw.

Genosse! Berichte!

Also das Ergebnis war: 1. wurde für ein paar Pfennige der 8-Stundentag verkauft, indem wir durch den Zusatzvertrag gezwungen wurden, die 53-Stundenwoche anzuerkennen; 2. daß Betriebe z. B. wie Tischlerei Sachsenwerk, die von selbst schon einen höheren Lohn erreicht haben, wieder 4½ Pf. abgezogen bekommen.

Kollegen, entscheidet selbst, ob diese Verbandsbonzen unsere Interessen vertreten; sorgt dafür, daß an die Spitze der Gewerkschaften Führer gestellt werden, welche auch tatsächlich unsere Interessen vertreten. Nicht richtig war es natürlich von den Kollegen im Sachsenwerk, daß sie sich mit ein bißchen Murren diesen Lohnabzug gefallen ließen. Kollegen, erkennt, daß durch einen geschlossenen Kampf dieses vermieden worden wäre. Lernt daraus und zieht das nächste Mal eure Schlüsse!

Betriebsratsvorsitzender Erfuhrt (SPD.) vom Weißeritztalwerk als Interessenvertreter der Direktion

Eine sehr kurze Lebensdauer als Betriebsratsvorsitzender hatte der SPD.-Kollege Erfuhrt im Weißeritztalwerk in Dippoldiswalde. Auch in diesem kleinen Betrieb (die Belegschaftsstärke beträgt zirka 120 Mann), der aus der Abteilung Stuhlfabrikation und Werkzeugmaschinenbau besteht, machen sich die Wirkungen der Dawesierung Deutschlands bemerkbar. Nach angeblichen Feststellungen des Direktors März hat die Holzabteilung in der letzten Zeit sehr schlecht gewirtschaftet (d. h. nicht genügend Profit abgeworfen). Der Direktor glaubt das darauf zurückzuführen, daß die Lohnsumme der Maschinenarbeiter, gemessen an der Lohnsumme der Stuhlbauer, entschieden zu hoch sei und sich wie 100 : 100 gegenüberstehe. Wenn die Wirtschaftlichkeit des Betriebes gewahrt werden solle, müsse hier eine Aenderung eintreten. Der Betriebsratsvorsitzende Erfuhrt-Dippoldiswalde hatte **auch sofort dieses Verständnis für die Nöte der Betriebsleitung und gab dem Direktor ganz offen zu, daß im Verhältnis zu den Stuhlbauern zu viel Maschinenarbeiter vorhanden seien. Der Betrieb könne sich erst dann rentabel gestalten, wenn noch 4 bis 5 Stuhlbauer bei der gleichbleibenden Anzahl Maschinenarbeitern eingestellt würden.** Der Direktor März nahm dieses für ihn so wichtige Zugeständnis Erfuhrts sofort auf und ordnete an, daß der Meister **jetzt anders verfahren müsse** und gab dem Meister den Auftrag, **sofort noch 8 bis 10 Stuhlbauer** einzustellen.

Die Maschinenarbeiter, bei denen das Verhalten Erfuhrts tiefe Empörung hervorgerufen hatte, verlangten sofort eine Betriebsversammlung, die zu dieser Frage Stellung nehmen sollte. Am Montag fand dann auch diese Versammlung in der Mittagspause statt. Der Vertreter der Maschinenarbeiter im Betriebsrat **der SPD.-Kollege Reinhardt, brachte infolge des Verhaltens seines Kollegen Erfuhrt einen Mißtrauensantrag gegen ihn ein.** In seiner Verteidigungsrede wagte es Erfuhrt nochmals ganz offen zu behaupten: Die Verhältnisse in der Stuhlabteilung seien ungesund und **ein Jeder müsse ein Interesse daran haben, den Betrieb mit zu erhalten.** Mit keinem Worte ging Erfuhrt darauf ein, worauf das Lohnverhältnis 100 : 100 zurückzuführen sei, er verschwieg, daß die Maschinenarbeiter viel mehr Arbeit zum Vorteil der Stuhlbauer verrichten müssen als in jedem anderen Betrieb.

Die Mittagspause reichte zur Erledigung dieser Dinge natürlich nicht aus. Ein Antrag, die Versammlung auf Dienstag mittag zu vertagen, fand Zustimmung. Erfuhrt **sabotierte, wie bereits vorher schon befürchtet worden war, diese Versammlung.** Von den Stuhlbauern war kein Arbeiter vertreten. Von den Kollegen darüber zur Rechenschaft gezogen, erklärte Erfuhrt, daß er „oben" in seiner Abteilung keine Versammlung einberufe, **wenn sie nicht extra beantragt werde.**

Der Kollege Bockfeld bezeichnete das Verhalten Erfuhrts als mehr als sonderbar, Erfuhrt müsse doch selbst ein Interesse daran haben, daß über das von der Belegschaft gestellte Mißtrauensvotum entschieden würde. Bockfeld beantragte erneut eine Betriebsversammlung, die am Mittwoch stattfand. Erfuhrt eröffnete die Versammlung und zeigte gleichzeitig seine ganze Erbärmlichkeit und Feigheit, indem er ohne eine Abstimmung über den Mißtrauensantrag abzuwarten, sein Amt als Betriebsratsvorsitzender niederlegte. Dabei glaubte er bemerken zu dürfen, es sei jetzt scheinbar so üblich, bei jeder Gelegenheit ein Mißtrauensvotum zu stellen, wie es auch von einer gewissen Seite im Reichstage und auch im Landtage gemacht werde. Ein jeder Kollege solle erst einmal gründlich die Gewerkschaftszeitung lesen, dann würde er auch manches besser verstehen.

Der Kollege Bockfeld wies auf die Ursachen der mißlichen Lage des Betriebes hin, die eine Folge der Dawesierung Deutschlands sei. Wenn die Arbeiterklasse ihre Existenz suchen will, steht vor ihr immer die Frage der Beseitigung dieses Versklavungspaktes und der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie. Für Erfuhrt, dem die Interessen des Betriebes **wichtiger sind als die Interessen der Arbeiter,** gibt es natürlich eine solche Frage nicht, für ihn wie für die gesamte SPD. steht nur die Frage der Unterwerfung unter das Diktat der imperialistischen Räuber, und damit auch der Verelendung des Proletariats. Die Waffen im Kampfe gegen den Dawespakt kann niemals die SPD. oder die Gewerkschaftszeitung liefern, beide sind für die Durchführung des Dawesplanes, beide tun nichts, um die Arbeiterklasse vor dem drohenden Untergang zu retten. Finden können die Arbeiter dieses Rüstzeug nur in der KPD.. Deshalb heißt es auch für die Arbeiter des Weißeritztalwerkes, heraus aus der korrupten SPD., hinein in die einzige Arbeiterpartei, in die KPD. Lest die „Arbeiterstimme"!

Arbeitersolidarität gegen Unternehmerniedertracht

Vom Landesausschuß der IAH. Dresden, Güterbahnhofstraße 24, wird uns geschrieben:

Die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse überschreitet alles bereits Dagewesene. So z. B. haben die Arbeiter des Betriebes W. in Limbach einen ihrer verstorbenen Klassengenossen das letzte Geleit gewährt. Da die Beerdigungsfeier während der Arbeitszeit stattfand, verließen die Arbeiter geschlossen vorzeitig den Betrieb. Am nächsten Tage durften 12 Arbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Unter ihnen befanden sich nicht nur die Betriebsräte, sondern auch Personen, aus denen der Unternehmer infolge des vorgeschrittenen Alters nicht genug Profit herausschlagen konnte. Als die übrigen Arbeiter davon Kenntnis erhielten, verließen sie spontan den Betrieb. Zirka 3 Wochen haben die Arbeiter gestreikt. Der Unternehmer hat es aber verstanden, eine Streikbrechergarde sich zu schaffen und es bestand die Gefahr, daß der Streik sich länger hinaus ziehen und dennoch ohne Erfolg abgebrochen werden mußte. Die Arbeiterschaft beschloß deshalb, die Arbeit wieder aufzunehmen. Natürlich war nun der Unternehmer noch rücksichtsloser als erst und es blieben 30 Arbeitsbrüder auf der Strecke. Für alle 30 leitete die IAH. eine Hilfsaktion ein, bestehend in Verteilung von Lebensmittelpaketen (Brot, Mehl, Zucker, Kakao, Wurst usw.). Die Arbeiterschaft Limbachs bezeugte ihre Solidarität mit den gemaßregelten Brüdern in der Gestalt, daß sie an der öffentlichen Lebensmittelverteilung teilnahm. Vor ca. 1300 Personen sprach die Genossin Meinig über den Wert der Internationalen Arbeiterhilfe.

Die den Limbacher Textilarbeitern überbrachte Hilfe erwiderten die Arbeiter Limbachs damit, daß sie auf den ersten Ruf der Internationalen Arbeiterhilfe sofort dazu übergingen, 20 Kinder in Privatpflege aus den zur Zeit bedrohten Gebieten unterzubringen.

Auch nach Ostsachsen sollen im Laufe der nächsten Tage Kindertransporte aus Oberschlesien und Mitteldeutschland geleitet werden. Wir hoffen, daß auch die gesamte Einwohnerschaft Ostsachsens den Hilferuf nicht ungehört an sich vorübergehen läßt, dem Beispiel der Limbacher Arbeiter folgt und sofort die Adressen meldet, wo Kinder untergebracht werden können auf die Zeit von 4 bis 6 Wochen.

Landesausschuß der IAH. Dresden, Güterbahnhofstraße 24.

Gemeine Frechheiten der Textilbonzen

Der von uns veröffentlichte, und auch in unserem Chemnitzer Bruderblatt erschienene Offene Brief an den Zentralvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, in dem die falsche Politik des DTV. nach dem Kriege festgestellt und erneut die Forderung erhoben wird, die Einheit des Deutschen Textilarbeiterverbandes durch die Wiederaufnahme der vom Vorstand ausgeschlossenen Kommunisten wieder herzustellen, ist den Bonzen im DTV. auf die Nerven gefallen. In einem wüsten Hetzartikel, der unter der knalligen Ueberschrift „Kommunistische Anbiederungen" in der Nr. 21 des Textilarbeiters erschien, versuchen die „allen erfahrenen" Strategen vom Textilarbeiterverband die gemeinsten Schmutzkübel über die Kommunisten auszugießen. Der ganze, fast eine volle Spalte füllende Artikel, ist nichts weiter als eine einzige Schimpfkanonade, in der dieser fresche Bursche die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften mit den gemeinsten Schimpfworten belegt. „Kommunistische Schurkereien", „Gesindel" und so weiter, das ist der Stil des Demagogen, der sich im gleichen Artikel darüber beschwert, daß die Kommunisten die Gewerkschaftsführer in der „unflätigsten Weise" angegriffen hätten. Das dieser Artikelschreiber in seinem Pamphlet gegen die Kommunisten die Aufnahme der von den Reformisten ausgeschlossenen revolutionären Gewerkschaftler ablehnt, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Dieser Bursche, **dem der Kampf gegen die Kommunisten hundertmal wichtiger ist als der Kampf gegen die Unternehmer,** versteigt sich am Schlusse seiner Schreibselei in seinem Größenwahn zu der Behauptung, daß sich die Gewerkschaften, **„seitdem sie sich die Kommunisten vom Halse geschafft haben",** in aufsteigender Linie befinden. Wie diese aufsteigende Linie aussieht, braucht an dieser Stelle nicht betont zu werden. Jeder Arbeiter, der von den Organisationsverhältnissen in den Textilbetrieben einigermaßen Ahnung hat, weiß, daß durch das feige Verhalten der Textilbureaukraten, durch ihre verräterische Haltung bei allen entscheidenden Kämpfen die Arbeiter in hellen Scharen aus der Organisation gelaufen sind.

Um die lästigen Kritiker ihrer reformistischen Politik zu beseitigen, deshalb muß man sich die Kommunisten „vom Halse" schaffen. Die Textilarbeiter werden sich das hinter die Ohren schreiben. Der Kampf um die Einheit im Deutschen Textilarbeiterverband wird gegen den Widerstand der Bureaukraten durch die Textilarbeiter erzwungen werden.